

Eigenanteil für stationäre Pflege soll auf 700 Euro gedeckelt werden.

Gesundheitsminister Jens Spahn hat Eckpunkte für eine Pflegereform vorgelegt, mit der er den Eigenanteil für den pflegebedingten Aufwand im Pflegeheim auf 700 Euro pro Monat deckeln und auf längstens 30 Monate begrenzen möchte.

Die Landesseniorenvertretung Bayern ist zu der einhelligen Überzeugung gekommen, dass diese Reformvorschläge in die richtige Richtung gehen und ausdrücklich zu unterstützen sind. Dieser Paradigmenwechsel ist doch die entscheidende Voraussetzung dafür, dass die wichtigsten Reformschritte umgesetzt werden können. Das sind die Realisierung des Personalbemessungssystems und eine bundesweit bessere Bezahlung der Pflegekräfte. Denn wenn die Pflegekassen verpflichtet sind, pflegebedingte Aufwendungen oberhalb eines bestimmten Deckels zu bezahlen, können Pflegekräfte überall anständig vergütet werden. Mit diesem Sockel-Spitze-Tausch können auch die zusätzlichen Stellenanteile für Betreuungs- und Pflegekräfte wieder im System einer einheitlichen Personalbemessung refinanziert und der überbordende Bürokratismus überwunden werden. Und dann macht auch der zweite Vorschlag des Gesundheitsministers Sinn, die Bezahlung von Tariflöhnen zur Bedingung für die Teilnahme an der Pflegeversorgung zu machen.

Dass der aktuelle Vorschlag noch nicht das Ende vom Lied sein kann, dürfte klar sein. Und es gibt auch bei diesen ersten beiden Stufen noch wichtige Fragen zu klären, auf die noch Antworten gefunden müssen, etwa: Wie hoch wird der Eigenanteil sein? Wann wird die Deckelung umgesetzt und wie wird sie finanziert? Brauchen wir übergangsweise länderspezifische Regelungen? Denn für manche Bundesländer bringt die Deckelung auf 700 Euro im Monat kaum oder gar keine Verbesserung.

Nach den Worten Spahns wird die Pflegereform rund sechs Milliarden Euro pro Jahr kosten. Die Finanzierung soll mit einem Zuschuss aus dem Bundeshaushalt erfolgen.

Die Richtung stimmt und der Vorstoß zeigt, dass die Politik endlich die Bereitschaft und den Mut zum Paradigmenwechsel gefunden hat. Nun sind auch die Spitzenverbände und die Träger bundesweit gefragt, in die Diskussion zu gehen und für die notwendigen Kurskorrekturen, aber auch für den nötigen Rückenwind zu sorgen. Wir dürfen nun nicht blockieren, sondern müssen alle unseren Beitrag dazu leisten, die Reform zügig einzuleiten. Vielleicht ist das die politische Lehre aus der Coronakrise, dass wir nur gemeinsam die großen Dinge bewegen können.

Hermann Lappus

2020-10-27